

18.12.2002 - 13:26 Uhr

Fraport AG wird Nachtflugverbot zur Kapazitätserweiterung beantragen

Frankfurt am Main (ots) -

Aufsichtsrat beschließt

Planfeststellungsantrag für Nordwest-Landebahn - Gleichzeitiger Antrag auf Beschränkung der Betriebslaubnis zwischen 23 und 5 Uhr befürwortet

Die Fraport AG wird mit dem Antrag auf Planfeststellung für eine Landebahn im Nordwesten des Frankfurter Flughafenareals gleichzeitig den Antrag stellen, mit Inbetriebnahme jener neuen Bahn eine Beschränkung der Betriebslaubnis für geplante Flüge zwischen 23 und 5 Uhr für den Flughafen Frankfurt Main festzulegen. Dies gaben der hessische Ministerpräsident und Aufsichtsratsvorsitzende der Fraport AG, Roland Koch, sowie Dr. Wilhelm Bender, Vorstandsvorsitzender der Fraport AG, und Prof. Manfred Schölch, stellvertretender Vorstandsvorsitzender, heute bekannt. Von 22 bis 23 und von 5 bis 6 Uhr sollen außerdem nach Inbetriebnahme der geplanten neuen Landebahn insgesamt nur 150 Flugzeugbewegungen am Frankfurter Flughafen stattfinden. Tagsüber gibt es derzeit durchschnittlich 80 und nach Inbetriebnahme der neuen Landebahn bis zu 120 Starts und Landungen stündlich.

"Die Fraport AG beweist mit dieser Selbstbeschränkung, dass sie das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen als Preis für den Ausbau des Start- und Landebahnsystems akzeptiert und umsetzen will", sagte Roland Koch. Die hessische Luftfahrtbehörde könne auf der Grundlage eines solchen Antrags unter Abwägung aller Belange ein Nachtflugverbot am Airport Frankfurt erlassen. Dies hatte auch ein Gutachten über "Rechtliche Fragestellungen zur Umsetzung eines Nachtflugverbots" bestätigt, das bereits im August vom Vorsitzenden des Regionalen Dialogforums, Prof. Dr. Johann-Dietrich Wörner, vorgestellt wurde.

Prof. Schölch, im Fraport-Vorstand zuständig für das Ausbauprogramm, erklärte außerdem die grundsätzliche Bereitschaft der Fraport AG, ein finanzielles Ausgleichsprogramm für bewohnte Grundstücke in der Flughafen-Nachbarschaft, die regelmäßig in weniger als 300 Metern Höhe überflogen werden, aufzulegen. Der Aufsichtsrat nahm diese Absicht des Fraport-Vorstands zustimmend zur Kenntnis. Fraport will zunächst gemeinsam mit dem Regionalen Dialogforum (RDF) und den betroffenen Kommunen dieses Programm diskutieren. Details des Programms wird Fraport vorstellen, sobald die genauen Kriterien festgelegt worden sind.

Dr. Bender und Prof. Schölch betonten, die Fraport AG habe stets positiv zu den Ergebnissen der Mediation gestanden und somit auch zum Nachtflugverbot nach Inbetriebnahme einer neuen Bahn als einem zentralen Punkt des Mediationspakets. "Zweifel daran, dass Fraport fest zur Mediation steht, waren stets unbegründet," sagte Dr. Bender. "Leider können wir diese konstruktive Haltung bei zahlreichen unserer Nachbarkommunen, die ebenfalls Mitglieder der Mediation waren, nicht feststellen." Dort, so Bender, würden erhebliche öffentliche Gelder in Prozesse und Gutachten gesteckt, die alle nur ein Ziel hätten: die

eindeutige Empfehlung der Mediation zu konterkarieren und den Ausbau des Flughafens zu verhindern. "Die Städte profitieren wirtschaftlich vom Flughafen und es hat einen bitteren Beigeschmack, dass sie diese Einnahmen in den Kampf gegen die Flughafen-Erweiterung stecken", erklärte der Vorstandsvorsitzende.

Wesentliche Voraussetzungen für die Umsetzung eines Nachtflugverbots in Frankfurt sind bereits auf den Weg gebracht. Schon im Juli hatten Fraport und die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH bei den jeweiligen Landesluftfahrtbehörden die Einrichtung eines Flughafensystems, bestehend aus den Airports Frankfurt Main und Frankfurt-Hahn, beantragt. Im Oktober hatten die Landesluftfahrtbehörden in einem gemeinsamen Schreiben das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gebeten, die Einrichtung dieses Systems zu beschließen und das der Europäischen Kommission zur Prüfung, Entscheidung und Veröffentlichung mitzuteilen.

Darüber hinaus haben die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hessen sowie die beiden Flughafen-Betreibergesellschaften zusätzlich eine Vereinbarung über den weiteren bedarfsgerechten Ausbau des Flughafens Frankfurt-Hahn als internationalen Verkehrsflughafen für Personen- und Frachtverkehr abgeschlossen. "Auch dies erhöht die Akzeptanz eines anerkannten Flughafensystems und dient damit der Machbarkeit und Absicherung eines Nachtflugverbots in Frankfurt", sagte Bender.

Kontakt:

Fraport AG
Presse und Publikationen (VSP)
D-60547 Frankfurt am Main
Tel. +49/69/690'705'55
Fax +49/69/690'550'71
[012]

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001508/100023241> abgerufen werden.